

**SP KANTON AARGAU**  
**LEGISLATURPROGRAMM**  
**2021–2024**

Version des Parteitags vom 13. Juni 2020



## Für einen lebenswerten Aargau für alle – JETZT!

Die SP Aargau steht für eine Politik, die sich für die Interessen aller einsetzt. Die sozialdemokratischen Werte Solidarität, Gerechtigkeit und Mitbestimmung leiten uns bei unserer politischen Arbeit. Das Legislaturprogramm 2021–24 fasst zusammen, welche konkreten Projekte wir in der nächsten Legislatur als Partei realisieren wollen und wofür sich die Fraktion im Grossen Rat einsetzen wird.

Das vorliegende Papier ist das Resultat eines monatelangen basisdemokratischen Verfahrens. Das Projekt wurde im Januar 2020 an einer Tagung gestartet, an der über 80 Mitglieder der SP Aargau mitgewirkt und ihre Ideen eingebracht haben. Die Ergebnisse der Tagung wurden durch die Fachausschüsse der SP Aargau und die Geschäftsleitung konkretisiert und anschliessend den Sektionen und Untergruppen zur Vernehmlassung unterbreitet. Am digital durchgeführten Parteitag vom 13. Juni 2020 wurde es nach eingehender Diskussion verabschiedet. Wir danken allen, die sich an der Erarbeitung des Papiers beteiligt haben.

Nun liegt es an uns allen, die vorliegenden Forderungen umzusetzen. Für sichere Löhne, starke Bildung, Klimaschutz und bezahlbare Gesundheit, für einen lebenswerten Aargau für alle – JETZT!

Gabriela Suter, Präsidentin SP Aargau  
Dieter Egli, Co-Fraktionspräsident SP Aargau  
Claudia Rohrer, Co-Fraktionspräsidentin SP Aargau

Aarau, 2. Juli 2020

### SOZIALE SICHERHEIT UND GESUNDHEIT

|   |   |
|---|---|
| Für soziale Sicherheit ohne Armut und eine fortschrittliche Familienpolitik | 3 |
| Für eine gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle                 | 4 |

### ARBEIT, WIRTSCHAFT UND FINANZEN

|   |   |
|---|---|
| Für gute Arbeitsbedingungen und eine Wirtschaft für alle            | 5 |
| Für genügend Steuern, die solidarisch und wirksam eingesetzt werden | 6 |

### BILDUNG UND KULTUR

|  |   |
|--|---|
| Für Chancengleichheit sowie Aus- und Weiterbildung in allen Lebensphasen | 7 |
| Für die Förderung der kulturellen Vielfalt                               | 8 |

### GESELLSCHAFT UND MIGRATION

|  |    |
|--|----|
| Für Chancengleichheit und Gleichberechtigung in einer offenen Gesellschaft | 9  |
| Für eine menschliche und integrative Migrationspolitik                     | 10 |

### ENERGIE, KLIMA UND UMWELT

|  |    |
|--|----|
| Für eine ressourcenschonende Energie- und Klimapolitik | 11 |
| Für eine gesunde Natur als Lebensraum für alle         | 12 |

### RAUMPLANUNG UND MOBILITÄT

|   |    |
|---|----|
| Für Städte und Dörfer mit hoher Lebensqualität                          | 13 |
| Für klimafreundliche Mobilität und gut ausgebauten öffentlichen Verkehr | 14 |

### SICHERHEIT UND JUSTIZ

|   |    |
|---|----|
| Für einen starken Rechtsstaat und eine zugängliche Justiz | 15 |
|---|----|

### DIGITALISIERUNG

|  |    |
|--|----|
| Für eine Digitalisierung im Dienst der Menschen und der Umwelt | 16 |
|--|----|

## Für soziale Sicherheit ohne Armut und eine fortschrittliche Familienpolitik

### Die Ausgangslage

Die Sozialplanung des Kantons von 2015 hat ein klares Ziel: Alle Menschen sollen ihr Leben möglichst selbstbestimmt und eigenverantwortlich gestalten und am gesellschaftlichen Austausch teilhaben. Es fehlt aber der Wille, dieses Ziel auch umzusetzen und zu finanzieren. Stattdessen werden Sozialhilfebezüger\*innen mehr und mehr stigmatisiert, und die bürgerlichen Parteien rufen zum Abbau der Sozialhilfe auf.

Die aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen haben massive Auswirkungen auf die Familien, insbesondere, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbelangt. Das wird im Aargau zu wenig anerkannt und angegangen. Es fehlt das Bewusstsein für eine nachhaltige und wirksame Familienpolitik.

### Unsere Grundsätze

Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle vom gemeinsam erschaffenen Wohlstand profitieren und niemand von der gesellschaftlichen Teilnahme ausgeschlossen wird. Die Bekämpfung der Armut muss im Kanton einen hohen Stellenwert haben. Es braucht eine gerechte und faire Sozialhilfe. Die Menschen müssen sicher sein, dass sie auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben können. Wer in einer Pflegeinstitution lebt, darf deswegen nicht von der Sozialhilfe abhängig werden. Kinder dürfen kein Armutsrisiko darstellen. Es braucht eine vernünftige Sozialpolitik ohne weitere Kürzungen auf dem Buckel der Ärmsten.

In einer modernen, fortschrittlichen Gesellschaft braucht es neue Modelle der Sorge- und Betreuungsarbeit sowie des Zusammenlebens, der Familie, der Arbeit und der Gemeinschaft. Nur so kann Gleichberechtigung auf verschiedenen Ebenen ermöglicht und gelebt werden.

### Unsere Forderungen

**Keine Kürzung der Sozialhilfe:** Alle Abbaumassnahmen im Sozialhilfewesen müssen rückgängig gemacht und die Sozialhilfe muss ausgebaut werden. Wir fordern mindestens die Umsetzung der SKOS-Richtlinien. Die Rahmenbedingungen und die Höhe der Sozialhilfe werden abschliessend durch den Kanton festgelegt. Die konkrete Umsetzung erfolgt in den Gemeinden. Mit einkommensabhängigen Familienzulagen sollen einkommensschwache Familien unterstützt und ein Abrutschen in die Armut verhindert werden. Ausserdem soll der kantonale Ausgleich der Sozialhilfe zwischen armen und reichen Gemeinden ausgebaut werden.

**Professionelle Begleitung:** Sozialhilfebeziehende sollen nicht «verwaltet», sondern durch fachlich kompetente Behörden beraten, begleitet und betreut werden. Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt muss wo immer möglich das Ziel sein.

**Ausbau der Fachstelle Alter und Familie:** Die Ressourcen der Fachstelle Alter und Familie müssen ausgebaut, und ihr Auftrag muss überprüft werden. Die Gleichstellungsthematik braucht mehr Raum und einen klaren Auftrag. Die Fachstelle für Gleichstellung muss wieder mit Stellenprozenten besetzt werden. Die Gleichstellung im Aargau ist noch lange nicht erreicht.

**Schutz vor häuslicher Gewalt:** Der Kanton muss die Massnahmen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen\* und häuslicher Gewalt konsequent umsetzen. Schutzhäuser wie das Frauenhaus, das Männerhaus und Schlupfhaus für Kinder und Jugendliche müssen über genügend Plätze verfügen und brauchen eine solide finanzielle Basis. Der Kanton soll mit Sockelbeiträgen das Fortbestehen der Schutzhäuser gewährleisten und auch die weiteren Bestimmungen der Konvention, für die er zuständig ist, konsequent umsetzen.

**Vereinbarkeit fördern:** Der Kanton sorgt für eine flächendeckende und kostenlose Betreuungsinfrastruktur und schafft Anreize für Unternehmen, Jobsharing, Teilzeitstellen und Home-Office verstärkt einzuführen.

## Für eine gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle

### Die Ausgangslage

Die Gesundheitskosten belasten die Bevölkerung immer mehr. Das unsoziale Kopfprämiensystem der Krankenversicherungen mit Franchisen und Selbstbehalt wird immer ungerechter. Bei Einsparungen werden häufig Präventionsmassnahmen gestrichen, und die Qualität leidet.

In verschiedenen Regionen des Aargaus fehlt es an Haus- und Kinderärzt\*innen. Der Versorgungsnotstand wird durch den Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal und durch bürokratischen Mehraufwand zusätzlich verstärkt. Pflegefachpersonen sind nicht mehr in der Lage, pflegebedürftige Menschen angemessen und umfassend zu betreuen. Diese Missstände zu beheben ist eine der grössten Herausforderungen im Gesundheitswesen.

Die ambulante Medizin, vor allem getragen durch Hausärzt\*innen sowie die Spitex, fristet nach wie vor ein Schattendasein gegenüber der Spitalmedizin. Obwohl sie sehr geschätzt wird, wird sie von der öffentlichen Hand zu wenig mitfinanziert.

Der Kanton hat vom Parlament den Auftrag erhalten, die gesundheitspolitische Gesamtplanung zu überarbeiten und den aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen anzupassen. Dazu gehört eine Bedarfsanalyse, bei der Regionalspitäler, Apotheken, Hausärzt\*innen und andere Akteure einbezogen werden.

### Unsere Grundsätze

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Die Gesundheitsversorgung ist Bestandteil des Service public und muss für alle Menschen zugänglich, qualitativ hochstehend und sozial finanziert sein. Es braucht eine öffentliche Einheitskasse für die Grundversicherung auf nationaler Ebene und einkommensabhängige Krankenkassenprämien.

Gesundheitsprävention und -förderung steigern die Lebensqualität der Bevölkerung und leisten einen Beitrag zur Reduktion der Gesundheitskosten.

Um eine gute Gesundheitsversorgung gewährleisten zu können, braucht das Personal attraktive Arbeitsbedingungen.

### Unsere Forderungen

**Bezahlbare Krankenkassenprämien:** Die Prämienverbilligungen müssen so hoch sein, dass niemand mehr als 10 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien bezahlt. Die «schwarze Liste» der säumigen Prämienzahler\*innen gehört abgeschafft. Ausserdem setzt sich der Kanton für eine kantonale und langfristig für eine nationale Einheitskasse ein.

**Kein Profit mit der Gesundheit:** Die beiden Kantons-spitäler und die psychiatrischen Dienste dürfen nicht privatisiert werden. Private Spitäler dürfen aus den Mitteln, die sie aus Steuern und Krankenkassenprämien erhalten, keine Gewinne ausschütten. Sie haben kostendeckend und nicht gewinnorientiert zu wirtschaften. Die Leistungsvereinbarungen für Spitex, Rehabilitationszentren und Pflegeinstitutionen müssen überprüft werden.

**Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen:** Ambulante und stationäre Leistungen müssen aber auch einheitlich und gleichwertig finanziert werden. Ob eine Behandlung stationär oder ambulant durchgeführt wird, soll nicht aufgrund von finanziellen Überlegungen geschehen, sondern sich am Wohl der Patient\*innen ausrichten.

**Attraktive Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal und Aufwertung der Care-Arbeit:** Der Kanton muss sich für gute Aus- und Weiterbildung sowie für fortschrittliche Anstellungsbedingungen im Gesundheitswesen einsetzen. Weiter müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Wertschätzung für unbezahlte Care-Arbeit zu steigern und deren negative Auswirkungen wie Altersarmut durch AHV-Beitragslücken zu bekämpfen.

**Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention:** Körperliche und psychische Gesundheit und Suchtprävention müssen gefördert und für alle Altersstufen und alle Bevölkerungsgruppen ausgebaut werden. Es braucht genügend Plätze für stationäre Behandlungen.

## Für gute Arbeitsbedingungen und eine Wirtschaft für alle

### Die Ausgangslage

Seit Jahrzehnten wird der gesellschaftliche Wohlstand gleichgesetzt mit dem am Bruttoinlandprodukt (BIP) gemessenen Wirtschaftswachstum. Gewachsen sind aber vor allem das ungleich verteilte Kapital, die sich daraus ergebenden sozialen Ungleichheiten sowie Umweltbelastungen und unverantwortlicher Ressourcenabbau. Im Kanton Aargau äusserte sich diese Entwicklung durch mehrfachen Stellenabbau, den Wegzug grosser Firmen und den Abbau und die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen. Die Arbeitnehmenden sind unter Druck: Die Digitalisierung bringt zwar neue Stellen, diese erfordern aber andere, neue Qualifikationen, die noch erworben werden müssen.

### Grundsätze

Die Wirtschaft muss allen zugutekommen. Ihre Leistung misst sich deshalb nicht alleine am BIP. Es braucht vielmehr ein soziales und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. Die Volkswirtschaft ist dann erfolgreich, wenn sie das Zusammenleben fördert, Lebensqualität bietet sowie staatliche Dienstleistungen und Infrastruktur von hoher Qualität sicherstellt. Auf diese Weise ist der Standort Aargau auch für Unternehmen attraktiv. Der Service public wird über die Steuern finanziert und darf nicht privatisiert werden. Soziales, nachhaltiges, demokratisiertes und umweltverträgliches Unternehmertum wird gefördert und auf allen Ebenen mit guten Rahmenbedingungen unterstützt.

### Unsere Forderungen

**Soziale und faire Arbeitsbedingungen:** Der Kanton setzt sich auf nationaler und kantonaler Ebene für soziale und faire Arbeitsbedingungen ein. Konkret heisst das

- Einsatz für einen Mindestlohn und Lohngleichheit zwischen Frau\* und Mann\*, wobei eine Lohnkontrolle eingeführt wird,
- Intensivierung der Kontrollen zu den flankierenden Massnahmen sowie deren Erweiterung auf neue Branchen, zum Beispiel im IT-Bereich,
- Förderung der Sozialpartnerschaft und Unterstützung von Branchen-Gesamtarbeitsverträgen mit guten Arbeits- und Lohnbedingungen,
- Wahrnehmung der Vorbildfunktion als Arbeitgeber bezüglich Lohn und Arbeitsbedingungen.

**Aus- und Weiterbildung für alle:** Der Kanton fördert die berufliche Weiterbildung für alle, sowohl für Spezialisierungen als auch zur Vermittlung von Grundkompetenzen. Konkret heisst das

- Ausweitung von Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Arbeitnehmende, Arbeitgebende und für die Neu- respektive Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt,
- Einrichtung eines Ausbildungsfonds, finanziert von Staat, Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden,
- Aktivere Information zu vorhandenen Angeboten.

**Förderung des nachhaltigen und ökologischen Wirtschaftens:** Der Kanton wirtschaftet nachhaltig und fördert ökologisches Wirtschaften im freien Markt durch gezielte Wirtschafts-, Steuer- und Bildungspolitik sowie durch Technologieförderung.

**Förderung des sozialen Unternehmertums:** Der Kanton setzt sich aktiv für attraktive, auch produzierende Arbeitsplätze ein, indem er die Hightech-Initiative und die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Ausbildungsinstitutionen ausbaut und indem er das ökologisch nachhaltige und soziale Unternehmertum im Aargau fördert. Er unterstützt kleine und mittlere Unternehmen, die diesen Kriterien genügen, und berät sie in gesetzlichen und verwaltungstechnischen Fragen.

**Ausbau der Standortattraktivität Aargau:** Der Kanton gewährleistet die Attraktivität des Standorts Aargau für Arbeitnehmende und für Unternehmen, indem er in eine gut funktionierende und sozial ausgestaltete Infrastruktur investiert und diese erhält und ausbaut. Er stellt damit einen intakten, nicht privatisierten Service public sicher.

## Für genügend Steuern, die solidarisch und wirksam eingesetzt werden

### Die Ausgangslage

Wiederholte Steuersenkungen im Kanton, angetrieben durch den neoliberalen Steuerwettbewerb, führten in den vergangenen Jahren zu Einnahmeausfällen – und in der Folge zu einem schmerzhaften Abbau von Dienstleistungen. Die Steuersenkungen konnten nicht verhindern, dass mehrere Grossfirmen abgewandert sind und/oder Stellen im Aargau abgebaut haben. Profitieren von den Steuersenkungen vorwiegend Topverdienende, Vermögende und Unternehmen. Die Steuerbelastung für mittlere und tiefe Einkommen hat zugenommen, und für Familien ist die Gebührenlast gestiegen.

### Unsere Grundsätze

Steuern finanzieren die Dienstleistungen des Staates für die ganze Bevölkerung und verteilen Profite wieder zurück an die Bevölkerung. Eine nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik richtet sich nicht nach kurzfristigen vermeintlichen Gewinnen im Steuerwettbewerb. Vielmehr geht es darum, Steuern langfristig wirksam und nachhaltig zu verwenden – zum Wohle aller. Die progressive Besteuerung und für Haushalte mit tiefen Einkommen tragbare Gebühren sorgen dabei für eine gerechtere Verteilung des Reichtums.

### Unsere Forderungen

**Stabile Finanz- und Steuerpolitik:** Der Kanton betreibt eine langfristige, auf Stabilität ausgerichtete Finanz- und Steuerpolitik, sodass er jederzeit die nötigen staatlichen Dienstleistungen für die ganze Bevölkerung erbringen und entsprechend (antizyklisch) investieren kann. Er führt dazu neben der bisherigen Finanzausgleichs- auch eine ausreichende Konjunkturreserve.

**Faire Besteuerung:** Der Kanton setzt sich aktiv für nationale Steuerharmonisierungsprojekte ein. Er wirkt dem Steuerwettbewerb mit einer fairen Verteilung der Steuerbelastung entgegen. Konkret heisst das:

- Aufhebung der wiederholten Steuergeschenke seit 2006,
- faire, aktuelle Vermögensbewertung und -besteuerung,
- Individualbesteuerung von Paaren,
- gerechte Verteilung von Unternehmenssteuern auf die Gemeinden,
- Bekämpfung auf Bundesebene von Flat-Tax-Modellen in Kantonen,
- Kapitaleinkommen stärker besteuern und tiefe und mittlere Arbeitseinkommen entlasten,
- Verstärkter kantonaler Steuer- und Finanzausgleich,
- Einsatz für die Einführung eines nationalen Mindeststeuersatzes.

**Bekämpfung der Steuerhinterziehung:** Der Kanton bekämpft Steuerhinterziehung aktiv. Er fördert Bestrebungen auf Bundesebene zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Er setzt mehr Personal ein zur Kontrolle der Steuerdeklarationen – und vermeidet so jährliche Steuerausfälle in Millionenhöhe.

**Steuern statt unsolidarische Gebühren:** Der Kanton finanziert seine Dienstleistungen mit Steuermitteln und verzichtet konsequent auf unsolidarische Gebühren für staatliche Leistungen, vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sicherheit.

**Förderung von klimafreundlichem Verhalten:** Der Kanton nutzt die Steuern als Anreiz zu klimafreundlichem Verhalten. Konkret heisst das

- Berechnung der Verkehrssteuer nach CO<sub>2</sub>-Emission anstatt nach Hubraum,
- Lenkungsabgaben auf nicht erneuerbare Energien, die gleichmässig an die Bevölkerung zurückerstattet werden,
- gezielte, faire Steuererleichterungen bei erneuerbaren Energien.

## Für Chancengleichheit in der Bildung sowie Aus- und Weiterbildung in allen Lebensphasen

### Die Ausgangslage

Gute Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. In der Schweiz sind die Bildungserfolge und -abschlüsse bei vergleichbarer Begabung und Anstrengung nicht für alle Einwohner\*innen in gleichem Masse möglich. Obwohl viele Schulen Chancengerechtigkeit als etwas sehr Wichtiges bezeichnen, hängen die Bildungschancen nach wie vor von leistungsfremden Kriterien wie sozialer Herkunft, Migrationshintergrund oder Geschlecht ab.

Für die Integration von beeinträchtigten und behinderten Kindern und Jugendlichen in die Regelschule fehlen ausgebildete Fachpersonen und konkrete sonderpädagogische Konzepte. Bildungsmöglichkeiten sind nicht für alle vorhanden und die Weiterbildung für Erwachsene nicht allen zugänglich.

### Unsere Grundsätze

Bildung ist ein Menschenrecht. Jedes Kind, jede\*r Jugendliche und jede erwachsene Person soll von einem hochwertigen Angebot auf allen Stufen profitieren, basierend auf den individuellen Fähigkeiten und unabhängig von Wohnort, Geschlecht, Nationalität und sozialer Herkunft.

Der Zugang zur Bildung muss für alle gewährleistet sein und eine öffentliche Aufgabe bleiben. Ziel der Bildung ist, das kritische Denken zu fördern und sich zu emanzipieren. Es geht bei der Bildung nicht darum, Kinder auf Höchstleistung und Gehorsam zu trainieren.

### Unsere Forderungen

**Mit Tagesschulen und Schulsozialarbeit zu mehr Chancengleichheit:** Die schulischen Rahmenbedingungen müssen auf Chancengleichheit ausgerichtet sein. Ziel soll ein integratives Tagesschul-Modell bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit sein. Wir fordern die Schaffung von Stammklassen und Niveaugruppen. Jede Gemeinde soll eine gute Schulsozialarbeit mit klarem Auftrag vor Ort haben. Diese hilft der Schule bei ihren wachsenden sozialen und erzieherischen Aufgaben.

**Verstärkung der frühen Förderung:** Der Kanton muss sich verstärkt im Bereich der frühen Förderung im Vorschulbereich engagieren und das Frühförderkonzept aus dem Jahr 2016 dringend konkretisieren. Gesetzliche Grundlagen sollen geschaffen werden: Es braucht koordinierte Angebote, Beratungs- und Unterstützungs-möglichkeiten für alle Eltern und betreuende Personen.

**Genügend und gut ausgebildetes Personal:** Für einen qualitativ guten Unterricht braucht es genügend qualifizierte Lehr- und Fachpersonen auf allen Stufen sowie starke und qualifizierte Schulleitungen mit genügend Ressourcen. Um die Arbeit des Personals zu würdigen, sorgt der Kanton für attraktive Arbeitsbedingungen an den Schulen.

**Keine Privatisierung von öffentlichen Schulen:** Es muss geklärt werden, welche spezifischen Rollen Sonderschulen, Heimen und Volksschulen zukommen und wie die Ressourcen verteilt werden. Die Privatisierung von heilpädagogischen Sonderschulen muss beendet werden. Der Kanton tritt dem Sonderpädagogik-Konkordat der EDK bei.

**Stärkung des dualen Bildungssystems:** Der Stellenwert des dualen Bildungswegs soll breit anerkannt sein, dazu braucht es dringend auch Angebote für schwächere Jugendliche. Allen Jugendlichen, welche die nötigen Kompetenzen vorweisen, soll die Berufsmaturität offenstehen. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

## Für die Förderung der kulturellen Vielfalt

### Die Ausgangslage

Der Aargau hat seit 1968 ein Kulturförderungsgesetz. Das Aargauer Kuratorium, welches mit 6,2 Millionen Franken aus der Staatskasse unterstützt wird, fördert und vermittelt als unabhängiges Fachgremium die aktuelle Aargauer Kultur. Der Kulturbereich ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Im interkantonalen Vergleich steht der Aargau bei den Kulturausgaben aber schlecht da. Im Moment werden die Kulturausgaben auf den Swisslosfonds abgewälzt. Dieser ist als Ergänzung zu sehen, gerade da dieser Fonds nicht immer gleich viel Geld erhält.

2014 wurden die Mittel für das Kuratorium im Rahmen der Leistungsanalyse um 20 Prozent gekürzt. Dabei ist die Aargauer Wohnbevölkerung seit 2010 um 10 Prozent gewachsen und damit die Ansprüche an die Kultur. Die Steuereinnahmen stiegen entsprechend, nur das Budget des Aargauer Kuratoriums stagniert seit neun Jahren.

### Unsere Grundsätze

Die Kulturförderung ist eine Staatsaufgabe. Kultur stiftet Sinn und Identität, fördert die autonome Entwicklung des Individuums und schafft Veränderungsbereitschaft. Kultur ist die Grundlage jeglicher menschlichen Entwicklung und somit zukunftsgerichtet. Der Aargau soll seinem Ruf als «Kulturkanton» wieder gerecht werden.

### Unsere Forderungen

**Mehr Beiträge für Kultur:** Wir fordern eine sukzessive Erhöhung der Kulturbeiträge für Kulturförderung, Kulturpflege und Kulturvermittlung auf mindestens den nationalen Durchschnitt. Wir fordern eine sukzessive Erhöhung der finanziellen Mittel um 10 Prozent für das Kuratorium.

**Förderung von digitalen Medien:** Digitale Medien nehmen in der Alltagskultur einen hohen Stellenwert ein. Sie müssen Teil der Kulturförderung werden.

**Konsequente Umsetzung des Kulturkonzepts:** Das kantonale Kulturkonzept ist ein zentrales strategisches Instrument für die Kulturpolitik. Wir fordern die konsequente Umsetzung der im Kulturkonzept beschriebenen Ziele und Massnahmen.

**Öffentlich und kostenlos zugängliche digitalisierte Archivalien:** Der Kanton Aargau sorgt dafür, dass alle in seinem Besitz befindlichen kulturellen Werke und Archivalien kostenlos digital und uneingeschränkt nutzbar verfügbar sind. Alle Werke, die durch kantonale Mittel finanziert oder teilfinanziert werden, müssen zwingend unter einer Creative-Commons-Lizenz digital veröffentlicht werden.

**Förderung des schulischen Austauschs:** Schulische Mobilität und Austausch soll auf allen Schulstufen verstärkt werden mit dem Ziel, die Verständigung zwischen den Schweizer Sprachgemeinschaften zu fördern und Verständnis für andere Kulturen und Sprachen zu entwickeln.

## Für Chancengleichheit und Gleichberechtigung in einer offenen Gesellschaft

### Die Ausgangslage

Obwohl die rechtliche Gleichstellung zwischen Frauen\* und Männern\* weitgehend erreicht ist, besteht noch immer grosser Verbesserungsbedarf in der tatsächlichen Gleichstellung. Frauen\* verdienen auch heute im privatwirtschaftlichen Sektor immer noch durchschnittlich etwa 19,6 Prozent weniger als Männer\* – nur weil sie Frauen\* sind. Noch immer sind Sexismus und Gewalt an Frauen\* sowie Hass und Gewalt gegen LGBTQIA\*-Personen verbreitet. Die Chancengleichheit aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Herkunft oder aufgrund einer physischen, psychischen oder geistigen Beeinträchtigung ist in vielen Belangen noch nicht verwirklicht.

Auch die jungen Menschen haben keine starke Lobby, die ihre Bedürfnisse ernst nimmt. Ihre Rechte werden zunehmend beschnitten, aber die Erwartungen an sie hochgeschraubt.

### Unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für eine offene, inklusive Gesellschaft, für Selbstbestimmung, Chancengleichheit und gegen jegliche Art von Diskriminierungen ein. Wir wollen die direkte Demokratie stärken und ausbauen. Jugendliche und junge Erwachsene sollen stärker in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Alle sollen am öffentlichen Leben teilhaben können. Familien müssen in allen Lebensformen gestärkt werden. Ein Ausgleich der Schiefelage bei Löhnen in typischen Frauenberufen wie Sozialberufe, Pflege und Detailhandel, die sich in der Coronakrise als systemrelevant herausgestellt haben, wird angestrebt.

### Unsere Forderungen

**Einführung des Stimmrechtsalters 16:** Jugendliche sollen über ihre Zukunft mitbestimmen können. Wir fordern die Einführung des Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren.

**Durchsetzung der Gleichstellung:** Frauen\* müssen für die gleiche Arbeit gleich viel verdienen wie Männer\*. Dazu braucht es Lohntransparenz, Geschlechterquoten für Kader und flexible Arbeitszeitmodelle – in der kantonalen Verwaltung und in der Privatwirtschaft. Der Kanton hat dabei eine Vorreiterrolle zu übernehmen, indem er bis in 10 Jahren die Umsetzung einer Geschlechterquote von maximal 50 Prozent Männern\* pro Lohnstufe in sämtlichen politischen Gremien, Führungsgremien und der Verwaltung verwirklicht hat. Ausserdem muss der Kanton die Fachstelle für Gleichstellung wieder einführen und angemessene finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen.

**Stärkung der Familien:** Es braucht Begegnungsmöglichkeiten wie Familienzentren, niederschwellige Beratungen, Bildungsangebote für Eltern, frühe Förderung, generelle Förderung der Kinder sowie Wertschätzung. Wir fordern die Umsetzung und Weiterentwicklung des kantonalen Kinderbetreuungsgesetzes. Vorhandene Angebote in allen Bereichen müssen überprüft und weiterentwickelt sowie Lücken geschlossen werden.

**Inklusive Gesellschaft ohne Diskriminierung:** Der Kanton soll sich aktiv dafür einsetzen, dass neue Modelle zum gleichberechtigten Zusammenleben für alle ermöglicht werden. Niemand darf aufgrund des Geschlechts, der Ethnie, des Alters, der Behinderung, der sexuellen Orientierung, der sexuellen Identität oder der Religion benachteiligt werden. Im Gesetzgebungsprozess muss Intersektionalität mitgedacht und überprüft werden.

**Gleichberechtigung von Lebensformen:** Wir fordern, dass sich der Kanton aktiv für die Enttabuisierung und Gleichberechtigung von LGBTQIA\*-Menschen (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer/questioning, intergeschlechtlich, asexuell) mit heterosexuellen Cis-Menschen engagiert, und Diskriminierungen jeglicher Art konsequent bekämpft.

## Für eine menschliche und integrative Migrationspolitik

### Die Ausgangslage

Jede vierte Person im Kanton Aargau besitzt keine Schweizer Staatsangehörigkeit. Viele dieser Menschen leben seit Geburt oder vielen Jahren in diesem Land. Trotzdem sind sie in vielen Lebenslagen noch immer diskriminiert und verfügen über keine Mitbestimmung. Die Gesetze der bürgerlichen Politik bevorzugen konsequent vermögende Migrant\*innen.

Der Schweizer Bedarf an Arbeitskräften, aber auch Kriege, Gewalt und die ungerechte Verteilung des Reichtums haben grosse Migrationsbewegungen ausgelöst. Die scheinbar neutrale Schweiz macht sich dabei auch an Leid und Ausbeutung von Millionen Menschen mitschuldig.

Die Integrationspolitik von Bund und Kantonen bleibt theoretisch und scheitert an fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz und unzureichender Finanzierung. Wichtige Massnahmen und Investitionen werden heute oftmals kurzfristigen, finanziellen Überlegungen untergeordnet.

### Unsere Grundsätze

Die Schweiz und ihre Kantone müssen Migration als Chance und Migrant\*innen als Potential, nicht als Bedrohung betrachten. Die SP setzt sich in diesem Sinne für eine menschliche und solidarische Migrationspolitik ein. Integration bedeutet für uns einen Austausch und das Zusammenbringen verschiedener kultureller und gesellschaftlicher Normen und Werte.

### Unsere Forderungen

**Förderung von sozialer und wirtschaftlicher Integration:** Um Geflüchtete frühzeitig auf eine Erwerbstätigkeit vorbereiten, bedarf es der Begleitung durch staatliche Anlaufstellen. Geflüchtete und Migrant\*innen jeden Alters müssen einfachen Zugang zu Bildung, Ausbildung und Studium erhalten.

**Menschenwürdige Unterkünfte:** Der Kanton muss verbindliche Standards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten festlegen. Die so genannte Ersatzabgabe muss abgeschafft werden, damit finanzstarke Gemeinden nicht die Möglichkeit haben, sich von ihrer Verantwortung freizukaufen. Zusätzlich braucht es eine Ombudsstelle, welche die geltenden Richtlinien durchsetzt.

**Sicherstellung der Gesundheitsversorgung:** Wir fordern eine professionelle Gesundheitsversorgung und psychologische Betreuung für Geflüchtete.

**Fortschrittliche Mitsprachemöglichkeiten:** Wer in der Schweiz lebt, soll mitbestimmen können. Die Teilhabe am öffentlichen Leben muss erleichtert werden. Darum fordern wir das Stimm- und Wahlrecht für Migrant\*innen sowie einen einfachen Zugang zum Bürger\*innenrecht ohne Raum für (kantonale) Willkür. So soll angestrebt werden, die Einbürgerung in der Schweiz unabhängig vom ununterbrochenen Verbleib an einem Wohnort resp. einem Wohnkanton zu machen.

**Gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit:** Rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Äusserungen und Handlungen müssen konsequent verfolgt und sanktioniert werden.

## Für eine ressourcenschonende und gerechte Energie- und Klimapolitik

### Die Ausgangslage

Die Klimakrise ist offenkundig. Darunter leiden werden wir alle, aber am stärksten und zuerst die Schwächsten, bei uns im Aargau, in der Schweiz und weltweit – jene, die am wenigsten zur Klimaerhitzung beigetragen haben. Die Klimaerhitzung ist da. Griffige Massnahmen dagegen fehlen aber bis heute, auch im Kanton Aargau. Fünf Jahre nach dem Klimaabkommen von Paris, mit dem sich die Schweiz zum CO<sub>2</sub>-Netto-Null-Ziel bis 2050 verpflichtet hat, legte die Aargauer Regierung ein neues Energiegesetz vor, mit dem diese Ziele nicht zu erreichen sind. Weitergehende Anstrengungen sind nötig, um die Klimakrise zu bekämpfen.

### Unsere Grundsätze

Die Dekarbonisierung ist technisch gut machbar – die Schlüsseltechnologien sind entwickelt. Sonne und Wind sind heute die kostengünstigsten Energiequellen, auch in der Schweiz. Mit den rund 20 Milliarden, die wir heute in der Schweiz jährlich für Strom, Öl und Gas ausgeben, lassen sich die nachhaltigen Energietechnologien gewinnbringend betreiben und finanzieren. Klimapolitik ist zugleich aber auch Sozialpolitik. Die Kosten für den Wandel und für die bereits unumgänglichen Schäden dürfen nicht auf die Arbeiter\*innen abgewälzt werden. Dem Aargau als vergleichsweise grossem Emittenten mit vielen Arbeitsplätzen in umweltschädlichen Sektoren kommt dabei eine besondere Rolle zu, fossile Brennstoffe flächendeckend durch erneuerbare Energien zu ersetzen und den Menschen berufliche Perspektiven zu bieten.

### Unsere Forderungen

**Gute Rahmenbedingungen für nachhaltige Energien:** Der Kanton schafft die wirtschaftlichen Voraussetzungen und gesetzlichen Grundlagen, damit im Kanton Aargau Photovoltaik, Windenergie, Geothermie und Speichertechnologien ausgebaut und die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele rechtzeitig erreicht werden können. Der Kanton finanziert einen Energiewende-Investitionsfonds mit, der den Investor\*innen Planungssicherheit gewährt und es den Privaten erlaubt, die notwendigen Investitionen in erneuerbare Energieanlagen zu finanzieren.

**Netto-Null bis 2040 im Aargau:** Der Kanton muss seine Energiepolitik auf das Klimaziel ausrichten, Netto-Null bis ins Jahr 2040 zu erreichen. Dazu ergreift er griffige Massnahmen:

- Unterstützung und Initiative innovativer Pilotprojekte
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle & regelmässige Kommunikation von Zwischenergebnissen
- Treibhausgas-neutral Prozesse und erneuerbare energetische Selbstversorgung bis 2030 in sämtlichen Teilen der Verwaltung sowie den Betrieben im Mehrheitsbesitz der öffentlichen Hand
- Verbot von klimaschädlichen Kapitalanlagen und Investitionen durch die Aargauische Pensionskasse (APK) und die Kantonalbank (AKB)

**Ab 2023 keine neuen Öl- und Gasheizungen – bis 2030 sind alle Heizungen CO<sub>2</sub>-neutral:** Der Kanton sorgt mit Vorschriften, dass ab 2023 in neuen Gebäuden nur noch CO<sub>2</sub>-neutrale, nachhaltige Heizsysteme zum Einsatz kommen. Bestehende Heizsysteme dürfen ab 2023 nur noch durch CO<sub>2</sub>-neutrale Heizsysteme ersetzt werden.

**Der Aargau als Mekka der nachhaltigen Energien:** Der Kanton sorgt dafür, dass der Aargau zum Mekka der nachhaltigen Energietechnologien wird und fokussiert seine Wirtschaftsförderung auf diesen Sektor. Er investiert jährlich 50 Millionen in einen unabhängigen kantonalen nachhaltigen Energie-Forschungsfonds. Damit finanziert der Aargau neue, zusätzliche nachhaltige Energie-Technik-Professuren an der FHNW, gute Pilotprojekte und eine gezielte Startup-Förderung.

**Kein Atommüll-Endlager im Aargau:** Der Kanton setzt sich für die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke im Kanton ein. Er nimmt seine Rolle in Hinblick auf raumplanerische und Umweltaspekte bei der Standortsuche für ein Atommüll-Endlager wahr. Der Kanton muss sich aktiv gegen ein Endlager in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Schweiz und im Einzugsgebiet der grössten europäischen Trinkwasservorkommen wehren.

## Für eine gesunde Natur als Lebensraum für alle

### Die Ausgangslage

Aktuelle Berichte zur Biodiversität zeigen einen insgesamt besorgniserregenden Zustand unserer Landschaft und Natur auf. In der Schweiz sind die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Arten bedroht. Spezialisierte Arten sind besonders gefährdet, invasive Neophyten breiten sich aus und verdrängen einheimische Arten. Die Schweiz hat die UN-Biodiversitäts-Konvention von Rio 1994 genehmigt. Ende 2010 haben die Vertragsstaaten einen strategischen Plan verabschiedet. Dieser listet 20 Ziele auf, die bis 2020 erreicht werden sollen. Um die Ziele doch noch zu erreichen, braucht es zusätzliche Massnahmen, auch im Aargau.

Die intensive und industrielle Landwirtschaft laugt die Böden aus und vergiftet mit Pestiziden die Böden und unser Trinkwasser.

### Unsere Grundsätze

Die natürlichen Ressourcen bilden die Lebensgrundlage von Tieren, Pflanzen und der Menschen. Eine gesunde Umwelt und intakte Landschaften sind wichtig für Gesundheit und Lebensqualität. Der Zerstörung der Natur muss Einhalt geboten und der natürliche Lebensraum geschützt werden. Denn wir alle sind auf sauberes Wasser, saubere Luft, gesunde Böden und eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt angewiesen. Der Kanton Aargau muss weiterhin eine Vorbildrolle im Umweltschutzbereich übernehmen (analog Auenschutz und Labiola).

### Unsere Forderungen

#### **Biodiversität stärken, Naturschutzgebiete fördern:**

Der Kanton muss den Aktionsplan «Strategie Biodiversität Schweiz 2017» und die darin enthaltenen 26 Massnahmen konsequent umsetzen und die notwendige ökologische Infrastruktur dazu erstellen. Bis 2030 sollen 17 Prozent der Kantonsfläche als Naturschutzgebiete festgelegt werden. Diese sollen die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen sicherstellen. Die Qualität bestehender Naturschutzgebiete soll erhöht werden.

#### **Bekämpfung von invasiven Pflanzen:**

Der Kanton muss seinen Beitrag zur Umsetzung der nationalen Neobiota-Strategie leisten und invasive Neophyten konsequent bekämpfen. Der Verkauf von Setzlingen invasiver Pflanzen und Neophyten soll im Kanton Aargau verboten werden.

#### **Förderung der ökologischen Landwirtschaft:**

Eine nachhaltige Landwirtschaft ist tierfreundlich, regional und schont die Umwelt. Der Kanton muss die Landwirtschaft auf dem Weg zu einer zukunftsgerichteten, ökologischen und möglichst pestizidfreien Bewirtschaftung unterstützen. Er soll innovative Landwirtschafts(pilot)projekte und den Aufbau eines Wissenszentrums fördern. Regionale Absatzmärkte sollen gefördert werden.

#### **Konsequenter Gewässerschutz:**

Das Reinhaltegebot beim Gewässerschutz muss eingehalten werden. Der Kanton muss dafür sorgen, dass Gewässer pestizidfrei und (mikro)plastikfrei werden.

#### **Aufwertung und Kompensation bei Eingriffen in die Umwelt:**

Erneuerbare Energieanlagen gehören zum Landschaftsbild der CO<sub>2</sub>-freien Schweiz. Bei Bauprojekten muss eine Güterabwägung erfolgen. Eingriffe müssen auf ein Minimum beschränkt und umweltschädigende Folgen verhindert werden. Wo dies nicht möglich ist, ist für eine gleichwertige Kompensation zu sorgen. Ersatz- und Aufwertungsmassnahmen sind zwingend Projektbestandteil und bei Baubeginn zu realisieren.

## Für Städte und Dörfer mit hoher Lebensqualität

### Die Ausgangslage

Die Raumplanungsrevision 2013 und damit eine bodensparende Siedlungspolitik wurde im Aargau mit 66,9 Prozent angenommen. Dank Richtplan-Anpassung 2015 ist das Baugebiet im Kanton begrenzt. Ende 2018 waren 89 Prozent der Bauzonen überbaut. Die regionale Bevölkerungsdichte liegt zwischen 40 und 50 Einwohner\*innen pro Hektare.

Die Aargauer Bevölkerung wächst überdurchschnittlich schnell: Der Kanton prognostiziert eine Bevölkerungszunahme bis 2040 auf 816'000 Einwohner\*innen. Auch die Zahl der älteren Menschen im Aargau nimmt stetig zu.

Seit 1980 hat sich der Flächenbedarf pro Person von 34m<sup>2</sup> auf über 60m<sup>2</sup> fast verdoppelt. Fast die Hälfte der Einfamilienhäuser wird nur von 1-2 Personen bewohnt.

### Unsere Grundsätze

Raumplanerische Massnahmen müssen sich an der Lebensqualität orientieren und flächeneffizient sein. Dabei sind die neuen Anforderungen aufgrund des Klimawandels zu berücksichtigen. Alle müssen sich Wohnraum leisten können, der verschiedene Lebensplanungen ermöglicht, auch im urbanen Raum. Freiräume sind zentral für die Siedlungsqualität und das Zusammenleben. Grünräume im Siedlungsgebiet müssen Bestandteil der ökologischen Infrastruktur sein. Um diese Ziele zu erreichen, müssen Kantone und Gemeinden über eigenes Land verfügen und dieses für Wohnungsbau und siedlungsinterne Freiräume einsetzen. Boden darf nicht als Spekulationsobjekt verwendet werden.

### Unsere Forderungen

**Aktive Bodenpolitik:** Der Kanton muss die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit der Kanton und die Gemeinden eine aktive Bodenpolitik betreiben können. Es braucht ein Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand für Flächen in Schlüsselgebieten. Kanton und Gemeinden sollen ihren Boden nicht verkaufen.

**Förderung des generationendurchmischten Wohnens und des gemeinnützigen Wohnungsbaus:** Der Kanton soll den gemeinnützigen Wohnungsbau und den Zugang zu günstigem Wohnraum fördern. Die öffentliche Hand soll gemeinnützigen Wohnbauträgern Land im Baurecht abgeben. Es braucht neue Wohnformen für den älteren Teil der Bevölkerung und für das generationendurchmischte Wohnen sowie Anreize, Häuser und grosse Wohnungen an Familien abzugeben. Es müssen Lenkungsmassnahmen festgelegt werden, damit die durchschnittliche Wohnfläche pro Person nicht weiter ansteigt.

**Aufwertung des öffentlichen Raums:** Mit gestalterischen Massnahmen wie der Schaffung von ruhigen Zonen, der Wahl der Belagsmaterialien oder dem Pflanzen von Bäumen soll die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum von Dörfern und Städten verbessert und aufgewertet werden. So kann dieser wieder vermehrt als Treffpunkt für alle Bevölkerungskreise genutzt werden. Es braucht Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und gegen die Überhitzung der Siedlungsgebiete.

**Förderung von Naherholungs- und Versorgungskonzepten:** Der Kanton muss die Regionen bei der Ausarbeitung von regionalen Naherholungs- und Versorgungskonzepten unterstützen und diese verbindlich festlegen.

**Massvolle Einzonungen:** Das Kulturland muss konsequent geschützt werden. Einzonungen über einer Hektare sollen nur bei ausgewiesenem Bedarf und nur in Zentren und urbanen Entwicklungsräumen zulässig sein. Deren Überbauung muss zwingend die Anforderungen der 2000 Watt-Gesellschaft einhalten.

## Für klimafreundliche Mobilität und gut ausgebauten öffentlichen Verkehr

### Die Ausgangslage

Die Strassen- und Schieneninfrastruktur im Kanton Aargau ist oft überlastet. Gründe sind das Bevölkerungswachstum und das veränderte Mobilitätsverhalten der Einwohner\*innen. Die Folgen sind hohe Kosten und Umweltbelastungen. Die Aargauer Bevölkerung ist überdurchschnittlich motorisiert, pro Autofahrt fahren aber durchschnittlich nicht einmal zwei Personen mit. Der öffentliche Verkehr (öV) ist ein wichtiges Element des Service public. Aufeinander abgestimmte Angebote und ein dichtes öV-Netz sind zentral für den Zusammenhalt der verschiedenen Regionen und tragen zur Standortattraktivität bei.

Die Elektrifizierung des Verkehrs kann in Kombination mit alternativen Mobilitätsformen einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Umwelt- und Klimaschutz und dem Erreichen der Klima-Ziele leisten.

### Unsere Grundsätze

Wir wollen unsere Mobilität umweltverträglich gestalten. Der Bau von neuen Strassen ist aus energie- und klimapolitischen Überlegungen möglichst zu vermeiden. Mit Hilfe der Digitalisierung soll vermehrt in intelligente Verkehrslösungen wie selbstfahrende Autos investiert werden.

Der motorisierte Individualverkehr muss in grossem Masse auf den öffentlichen Verkehr und für Kurzdistancen im urbanen Raum und Zentren auf den Rad- und Fussverkehr verlagert werden. Es braucht ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrssystem, welches sozial und bezahlbar sein muss. Es sind Lösungen zu suchen, damit auch beim Freizeitverkehr eine Verlagerung stattfindet. Hier ist vor allem die Sensibilisierung ein wichtiges Anliegen.

### Unsere Forderungen

**Kein Strassenausbau wegen der Stosszeitenproblematik:** Statt neue Strassen zu bauen muss der Kanton Voraussetzungen schaffen, damit die Spitzenbelastungen abgebaut werden, so durch

- gleitende Arbeitszeiten
- Förderung des Angebots an Co-Working-Räumen
- Ermöglichen von Homeoffice
- Förderung von Mitfahrgelegenheiten
- Steuerabzug für Pendler\*innen nur im Umfang der öV-Kosten.

**Schneller Ausbau von Velovorzugsrouten:** Der Kanton muss gemeinsam mit den Gemeinden ein flächendeckendes Netz von Velovorzugsrouten in den Agglomerationsgebieten ausarbeiten und innert zehn Jahren umsetzen. Der Kanton muss der Veloförderung hohe Priorität einräumen. Die kantonale Strassenkasse ist in eine Mobilitätskasse für ganzheitliche Verkehrslösungen umzuwandeln.

**Guter öV in allen Regionen:** Der Kanton muss dafür sorgen, dass alle Regionen zu jeder Tageszeit gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen sind. Regionale Verkehrsmanagementmassnahmen sind vollumfänglich vom Kanton zu finanzieren. Der Kanton fördert und unterstützt innovative Projekte als Ergänzung zum klassischen öffentlichen Verkehr insbesondere im ländlichen Raum (Taxito, Ruf-Busse).

**Elektromobilität – und zwar subito:** Die Zukunft liegt im Verkehrsmix bestehend aus Langsamverkehr, öffentlichem Verkehr und umweltfreundlichem Individualverkehr. Um den Energie- und Landverschleiss einzudämmen, braucht es ein Strassenmoratorium bei gleichzeitigem Ausbau der Velo- und Fusswege und des öffentlichen Verkehrs. Für eine rasche Dekarbonisierung sollen Kanton und Gemeinden den Umstieg zur Elektromobilität konsequent fördern.

**Tempo 30 für mehr Sicherheit:** Mehr Verkehr führt zu einer Erhöhung der Gefährdung der schwächeren Verkehrsteilnehmenden. Temporeduktionen erhöhen die Sicherheit, reduzieren Lärm und verbessern die Aufenthaltsqualität im Strassenraum. Die Gemeinden müssen die Möglichkeit erhalten, Tempo 30 auf Kantonsstrassen einzuführen.

## Für einen starken Rechtsstaat und eine zugängliche Justiz

### Ausgangslage

Die Gefühle von Unsicherheit und Angst in unserer Gesellschaft haben vielfältige Ursachen. Es ist die Kernaufgabe des Staates, die Menschen vor den Auswirkungen von Gewalt und Kriminalität zu schützen und eine allen zugängliche Rechtsordnung zu schaffen. Ein starker Rechtsstaat ist die beste Antwort auf die Verunsicherung in der Bevölkerung. Straftaten müssen konsequent und zeitnah aufgeklärt werden. Der Kanton Aargau hat gesamtschweizerisch die tiefste Zahl an Polizist\*innen pro Kopf der Wohnbevölkerung. Um den Rechtsstaat zu stärken, müssen aber Polizei und Justiz über ausreichende Ressourcen verfügen.

### Grundsätze

Die Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität ist Service-public-Aufgabe der Polizei und der Justiz. Die Auslagerung von Vollzugsaufgaben an Privatfirmen muss verhindert werden.

Öffentliche Sicherheit und Sicherheit im Alltag sind wichtig für unsere Lebensqualität. Um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten braucht es genügend Ressourcen und eine konsequente Durchsetzung der Gesetze. Deeskalation ist bei Konflikten stärker zu gewichten als reine Repression. Eine Dauerüberwachung ist zu vermeiden.

Diskriminierung jeglicher Art ist abzulehnen und diskriminierendes Verhalten weiterhin zu bekämpfen. Regelmässig ist zu prüfen, inwieweit die bestehenden Strukturen Diskriminierungen schützen oder gar fördern könnten. Der Zugang zum Recht darf nicht erschwert werden. Damit Verfahren rechtsstaatlich und mit hoher Qualität erledigt werden können, braucht es genügend finanzielle und personelle Ressourcen. Neue Aufgaben wie Cyberkriminalität und Terrorismusbekämpfung müssen überkantonale angegangen werden. Bei der Sicherheitspolitik gilt: So wenig Einschränkung wie nötig, so viel Freiheit wie möglich.

### Unsere Forderungen

**Angemessene Ressourcen für die Polizei:** Der Kanton muss die finanziellen und personellen Mittel der Polizei so weit erhöhen, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten. Dabei soll auch auf Sozialarbeiter\*innen gesetzt werden, die Präventiv- und Aufklärungsarbeit leisten. Wir fordern eine leistungsfähigere Polizei und Sozialarbeit auf kantonaler Ebene und auf Gemeindeebene – aber weder Dauerüberwachung noch einen Ausbau der Repression.

**Mehr Vertrauen dank Rechtsstaatlichkeit:** Die finanziellen und personellen Ressourcen bei den Zivil- und Strafgerichten sind zu erhöhen, damit Strafverfahren und zivilrechtliche Verfahren rasch, mit hoher Qualität und zielgerichtet erledigt werden können und das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewonnen wird. Die Zusammenarbeit zwischen den Untersuchungsbehörden (Staatsanwaltschaft und Polizei) ist zu stärken.

**Sicherer Strassenverkehr:** Mehr Verkehr führt zu einer Erhöhung der Gefährdung der schwächeren Verkehrsteilnehmenden. Gezielte Präsenz und Kontrollen schützen, weitergehende Massnahmen wie Temporeduktionen sind zu fördern.

**Jugendgewalt und Jugendkriminalität vorbeugen:** Der Kanton muss sich verstärkt für die Prävention von Jugendgewalt und -kriminalität einsetzen. Die Arbeit der Fachkräfte auf Stufen der Gemeinde und des Kantons muss koordiniert und gebündelt werden. Die Institutionen müssen besser zusammenarbeiten. Dabei soll der Fokus auf die Resozialisierung statt Strafe gelegt werden.

**Bekämpfung von Cyberkriminalität und Terrorismus:** Die personellen und finanziellen Mittel zur Bekämpfung von Cyberkriminalität und Terrorismus müssen aufgestockt werden. Der Kanton soll die interkantonale Zusammenarbeit fördern. Der Kanton Aargau soll sich für ein interkantonales Kompetenzzentrum für Cyberkriminalität einsetzen und eine Präventionskampagne für Private und KMU anstossen.

# Für eine Digitalisierung im Dienst der Menschen und der Umwelt

### Die Ausgangslage

Die Entwicklung und der Betrieb der Infrastrukturen und Anwendungen der Digitalisierung sind weitgehend kapitalistisch gesteuert. Die Menschen werden in diesem Kontext bloss als Konsumierende und Arbeitnehmende betrachtet, die besser überwacht werden können. Dadurch führt die derzeitige Entwicklung nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung zu einer Verbesserung der Lebensumstände. Die möglichen positiven Auswirkungen auf das Zusammenleben, das Zusammenarbeiten und die Umwelt werden weniger gewichtet, obwohl die Digitalisierung hierzu viele Chancen bietet. Gleichzeitig wird der Graben zwischen denen, die die Technologien der Digitalisierung beherrschen, und denen, die ihnen ausgeliefert sind, immer grösser.

### Unsere Grundsätze

Die Digitalisierung muss die Menschen befähigen und ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ihr Leben selbstbestimmter und umweltfreundlicher gestalten können. Die Vorteile und die Produktivitätsgewinne der Digitalisierung müssen allen zukommen und nicht nur einer Elite. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass diejenigen, die keinen Zugang zu digitalisierten Prozessen haben, in ihrem Alltag unterstützt werden. Unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerte dürfen durch die Digitalisierung nicht infrage gestellt werden. Die Infrastruktur der Digitalisierung ist als Service public zu gestalten und kritische Anwendungen dürfen keine Kapitalrenditen für Private abwerfen.

### Unsere Forderungen

**Einrichten eines Bildungsfonds Digitalisierung:** Der Kanton Aargau richtet einen Bildungsfonds Digitalisierung ein. Aus diesem werden kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten zur Digitalisierung für alle Menschen im Aargau finanziert. Bis Ende Legislatur haben mindestens 10 Prozent der Einwohner\*innen im Aargau mindestens an einem der Weiterbildungsprogramme teilgenommen.

**Förderung von neuen Arbeitsformen:** Der Kanton Aargau fördert gemeinsam mit den Sozialpartnern Co-Working-Arbeitsplätze sowie Homeoffice- und Teilzeitarbeitsverträge, insbesondere in den ländlichen Regionen. Als Arbeitgeber geht der Kanton mit gutem Beispiel voran. Er richtet in allen Regionen lokale Co-Working-Arbeitsplätze ein und erlaubt allen Mitarbeitenden auf allen Stufen, im Minimum 40 Prozent ihrer vertraglichen Arbeitszeit in der Nähe des Wohnortes leisten zu dürfen.

**Internetzugang für alle:** Der Kanton Aargau fördert den Zugang zu Breitband- und IT-Internet-Infrastrukturen und sorgt dafür, dass alle Menschen in jedem Haushalt und an jeder Arbeitsstätte vollumfänglich und kostengünstig an digitalisierten Prozessen teilnehmen können. Dazu unterstützt er den Ausbau des Glasfaser- und 5G-Netzes. Er setzt sich auf Bundesebene für eine Trennung von Netzen und Anwendungen ein.

**E-Voting-Moratorium und Datenschutz:** Der Kanton Aargau verzichtet vorerst auf den Einsatz von E-Voting und setzt sich auf Bundesebene für eine E-ID ein, die auf einer dezentralen Infrastruktur ohne Beteiligung der Privatwirtschaft konzipiert ist. Dem persönlichen Datenschutz muss jederzeit höchste Priorität eingeräumt werden.

**Förderung von Open Government Data und Open Source:** Der Kanton setzt die Open-Government-Data-Strategie des Bundes um und gewährleistet den freien Zugang zu den öffentlichen Daten der kantonalen Behörden. Der Kanton soll die Nutzung von Open-Source-Anwendungen und Creative-Commons-Lizenzen (Open Access) (in der Verwaltung und von Privaten) gezielt fördern. Zudem ist der Kanton verpflichtet alle selbst entwickelten Anwendungen als Open Source bereitstellen.